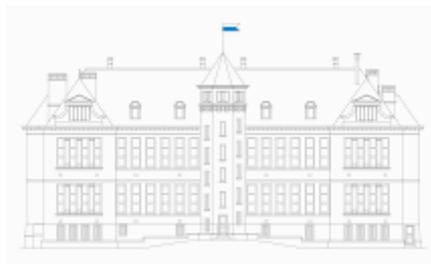


EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



Inhaltsverzeichnis

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament.....	5
Europapolitische Grundsatzreden der Präsidenten <i>Barroso</i> und <i>Van Rompuy</i> in Frankfurt und Berlin	5
Trilog zunehmend Standard bei Gesetzgebungsverfahren - Kommissar <i>Šefčovič</i> schlägt mehr Transparenz vor.....	6
Beitrittsverhandlungen mit Türkei ausgeweitet.....	6
Gipfel zur Östlichen Partnerschaft: EP-Emissäre und <i>Timoschenko</i> rufen ukrainisches Parlament zu raschem Handeln auf.....	6
Neuer EVP-Präsident <i>Daul</i> kündigt Nominierung eines Spitzenkandidaten für Europawahl an - <i>Schulz</i> wird Kandidat der S&D	7
Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr	7
Asyl und Migration	7
EuGH: Homosexualität kann Flüchtlingseigenschaft nach der Genfer Konvention begründen.....	7
Bauen und Wohnen.....	8
Kommission legt Vorschlag zur Reduzierung der Kosten im Baubereich vor	8
Innere Sicherheit.....	8
Konsultation zur Vorbereitung des Post-Stockholm-Programms	8
Staatsministerium der Justiz.....	9
Kommission bestätigt: „gelbe Karte“ für die Europäische Staatsanwaltschaft.....	9
ECPI stellt in der Bayerischen Vertretung sein „Manifest zum Europäischen Strafrechtsverfahren“ vor ...	9
Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat	10
Wesentliche Ergebnisse der Sitzung der Eurogruppe vom 14.11.2013.....	10
Frühwarnbericht der Kommission zur Bekämpfung makroökonomischer Ungleichgewichte in der EU ...	10
Kommission legt Jahreswachstumsbericht 2014 vor	11
Herbstprognose der Kommission	11
Haushaltsausschuss des EP stimmt Mehrjährigem Finanzrahmen 2014 - 2020 zu.....	12
Einigung über den EU-Haushalt 2014 und die Berichtigungshaushalte zum EU-Haushalt 2013.....	12
Jahresbericht des Europäischen Rechnungshofes für das Haushaltsjahr 2012.....	13
Öffentliche Anhörung im EP zur Arbeit der Troika	13
Vereinbarkeit der Pkw-Maut mit EU-Recht.....	14
Trilogeinigung zur „Omnibus II“-Richtlinie – „Solvency II“-Regelwerk für Eigenkapitalanforderungen bei Versicherungen soll zum 01.01.2016 Anwendung finden	14
Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie.....	15
Wirtschaft mit Binnenmarkt und Industrie.....	15



Jahreswachstumsbericht 2014 der Kommission – Beginn des neuen Europäischen Semesters	15
Frühwarnbericht der Kommission zur Bekämpfung makroökonomischer Ungleichgewichte in der EU ...	15
Herbstprognose der Kommission	16
EP-Ausschuss bestätigt Trilogergebnis zur Kohäsionspolitik ab 2014	16
Trilogeinigung zur „Omnibus“-Richtlinie – „Solvency II“-Regelwerk für Eigenkapitalanforderungen bei Versicherungen soll zum 01.01.2016 Anwendung finden	17
Konsultation zu neuen Beihilfeleitlinien für die Rettung und Umstrukturierung von Unternehmen in Schwierigkeiten (ausserhalb des Finanzsektors)	17
Bericht über den Zugang zu Finanzierung für KMU 2013	18
Außenwirtschaft	18
Konsultation zum Entschädigungsverfahren im Falle der Verhängung von Antidumping-Zöllen	18
Medien	18
Kommission veröffentlicht neue Beihilfavorschriften für die Filmförderung	18
EP: Zustimmung zum EU-Programm Kreatives Europa	19
Kommission prüft Zugeständnisse von Google an die Wettbewerber	19
Telefónica Deutschland beantragt bei der Kommission die Übernahme von E-Plus	19
EP und Rat einigen sich zur Richtlinie über kollektive Rechtswahrnehmung	20
Expertengruppe soll Rechtsrahmen für Cloud-Computing-Verträge entwerfen	20
Energie	20
Kommission formuliert energiepolitische Grundsätze zur Förderung erneuerbarer Energien, zu Kapazitätsmechanismen und zur Nachfragesteuerung	20
Sonstiges	21
Haushaltsausschuss des EP stimmt Mehrjährigem Finanzrahmen 2014 - 2020 zu	21
Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	21
Politische Einigung zum EU-Haushalt 2014	21
EP-Agrarausschuss nimmt politische Einigung zu GAP-Übergangsregelungen an	22
EuRH: GAP-Ausgaben 2012 häufig mit Fehlern belastet	22
EU stellt 35 Mio. € für Programme zur Absatzförderung von Agrarprodukten bereit	23
Eurostat: Statistische Veröffentlichung 2013 zu Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei	23
Kommission legt Bericht zur Ökolandwirtschaft in der EU vor	24
Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration	24
Europäisches Semester 2014: Kommission stellt Jahreswachstumsbericht und Entwurf des Gemeinsamen Beschäftigungsberichts vor	24
Gipfel zur Jugendarbeitslosigkeit in Paris	25
EuGH-Entscheidung zur Auslegung von Mindestlohn bei entsandten Arbeitnehmern	25
EMPL-Ausschuss bestätigt Trilogeinigung zum EGF	26
Kommissionsvorschlag für einen Ratsbeschluss über den Dreigliedrigen Sozialgipfel	26



Arbeitslosenquote des Euroraums im September bei 12,2 %.....	26
Steigende Nachfrage nach Arbeitskräften im IKT-Bereich.....	27
Auszeichnungen für herausragende Frauen, Mädchen und Organisationen auf der ICT 2013 in Vilnius	27
Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst.....	28
Jahreswachstumsbericht 2014: Kommission bekräftigt Notwendigkeit zur Modernisierung der Bildungssysteme in den Mitgliedstaaten	28
Zwei Europäische Bürgerinitiativen zu biowissenschaftlicher Forschung offenbar bei Erreichung des Quorums erfolgreich	28
Arbeitspapier der Kommission zum Gebrauch von sog. „Omics“-Technologien und personalisierter Medizin.....	29
Eurobarometer zur kulturellen Beteiligung in der EU	29
Gipfel zur Jugendarbeitslosigkeit in Paris.....	30
Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz	30
Kommission will Verbrauch von Kunststofftaschen reduzieren.....	30
Eurobarometer-Umfrage zum Schutz der Biodiversität.....	31
Europäische Bürgerinitiative „Stop Vivisection“ bei Erreichung des Quorums erfolgreich.....	31
Staatsministerium für Gesundheit und Pflege.....	31
Arbeitspapier der Kommission über Potenziale in der personalisierten Medizin	31
Europäische Bürgerinitiative „Einer von uns“ bei Erreichung des Quorums erfolgreich	32
Rundfunkpolitik	32
EP und Rat einigen sich zur Richtlinie über kollektive Rechtswahrnehmung	32
EP stimmt dem EU-Programm Kreatives Europa zu.....	33



POLITISCHE SCHWERPUNKTE UND EUROPÄISCHES PARLAMENT

EUROPAPOLITISCHE GRUNDSATZREDEN DER PRÄSIDENTEN *BARROSO* UND *VAN ROMPUY* IN FRANKFURT UND BERLIN

Kommissionspräsident *Barroso* hat am 05.11.2013 in der Paulskirche die „Erste Frankfurter Europarede“ gehalten. *Barroso* hob die Eigenschaft der EU als Wertegemeinschaft, ihre Anziehungskraft auf benachbarte Staaten, die Führungsrolle Deutschlands, Reformherausforderungen und die Bedeutung der Subsidiarität in der EU hervor.

Die europäischen Werte hätten eine starke Anziehungskraft auf die Nachbarn im Süden und Osten. Gleichzeitig sei die EU aber in den vergangenen Jahren mehr denn je durch Gefahren für die Rechtsstaatlichkeit in Mitgliedstaaten herausgefordert worden. *Barroso* würdigte den Einsatz und den politischen Willen Deutschlands für die Bewahrung des Euro. Ursache der Krise sei nicht der Euro, sondern die exzessive Verschuldung gewesen. Die am meisten betroffenen Länder benötigten mehr als Kredite. Die bestehende makroökonomischen Ungleichgewichte in der EU müssten behoben werden. Hierzu könne auch Deutschland beitragen; es gehe aber nicht darum, Deutschland zu schwächen. Es sei zu klären, ob die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) die Struktur und die Kompetenzen hat, die sie benötige. Offensichtlich sei in der Vergangenheit bei der Durchsetzung der europäischen Regeln für die nationalen Haushalte, bei der nationalen Aufsicht über Banken und Finanzmärkte und bei nötigen Reformen in Mitgliedstaaten „etwas schief gegangen“. Als größte Volkswirtschaft wünsche er sich von Deutschland „ein Höchstmaß an Führung“. *Barroso* hob den Einsatz der wichtigsten politischen Kräfte in Deutschland für Europa hervor.

Auch der Präsident des Europäischen Rats (ER), *Van Rompuy*, vertrat am 09.11.2013 bei einer Rede in Berlin aus Anlass des Jahrestags des Falls der Berliner Mauer die Auffassung, nach dem Abflauen der Eurokrise stehe jetzt die Stabilisierung des Währungsraumes im Mittelpunkt. Man habe zahlreiche Lehren aus der wechselseitigen Abhängigkeit in der Eurozone gezogen, Bundeskanzlerin *Merkel* habe dabei eine führende Rolle eingenommen. Kritik an der Sparpolitik wies auch *Van Rompuy* zurück. Voraussetzungen für größere Stabilität seien verstärkte Verantwortlichkeit einerseits und Solidarität andererseits. Alle Mitgliedstaaten müssten Reformen durchführen. *Van Rompuy* griff den wachsenden Zuspruch populistischer Parteien in Europa und den Vertrauensverlust traditioneller Politik auf. Die Menschen seien nicht Opfer der Globalisierung, sondern unterlassener Reformen. Man müsse die Menschen durch Ergebnisse, vor allem durch Struktur- und Arbeitsmarktreformen überzeugen. Zudem müssten die nationalen Politiker auch über die Erfolge der EU sprechen. Gleichzeitig müsse die EU Bereiche nationaler Politik, die Schutz und Zugehörigkeit böten, respektieren.



Rede von Kommissionspräsident *Barroso*:

http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-13-878_en.htm?locale=en

Rede von ER-Präsident *Van Rompuy*:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ec/139438.pdf

TRILOG ZUNEHMEND STANDARD BEI GESETZGEBUNGSVERFAHREN - KOMMISSAR ŠEFČOVIČ SCHLÄGT MEHR TRANSPARENZ VOR

Kommissionsvizepräsident *Šefčovič* hat darauf hingewiesen, dass das ordentliche Gesetzgebungsverfahren inzwischen bei 90 % aller Rechtsakte zur Anwendung komme. Zudem habe sich der Trend zu schnelleren EU-Gesetzgebungsverfahren in den vergangenen Jahren fortgesetzt. Seit 2009 seien 82 % der Rechtsakte nach einer frühzeitigen Einigung in erster Lesung von EP und Rat angenommen worden, zwischen 1999 und 2004 war dies nur in 34 % der Verfahren der Fall. Der früher häufige Gang in den Vermittlungsausschuss sei heute die Ausnahme. Stattdessen sei die Aushandlung von Rechtsakten im informellen Trilog immer weiter verbreitet. *Šefčovič* brachte die Einrichtung eines öffentlich zugänglichen Registers über laufenden Trilog, die Veröffentlichung der Mitglieder von Verhandlungsteams und die Veröffentlichung der im Trilog genutzten Dokumente nach Abschluss des Rechtsetzungsverfahrens ins Gespräch.

http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-13-875_en.htm

BEITRITSVERHANDLUNGEN MIT TÜRKEI AUSGEWEITET

Wie vom Rat beschlossen (EB 18/13) wurde bei der Sitzung der Beitrittskonferenz EU - Türkei auf Ministerebene am 05.11.2013 in Brüssel das Verhandlungskapitel 22 (Regionalpolitik) eröffnet. Der türkische Europaminister *Bağış* sprach angesichts der ersten Kapitelöffnung nach drei Jahren weitgehendem Verhandlungsstillstand von einem „Wendepunkt in den Beziehungen“. Erweiterungskommissar *Füle* machte deutlich, dass weitere Kapitel eröffnet werden könnten, wenn die Türkei die erforderlichen Bedingungen erfüllt. Auch bei den miteinander verknüpften Verhandlungen zwischen der EU und der Türkei über ein Abkommen zur Rückübernahme illegal in die EU eingereister Personen und über von der Türkei geforderte Visa-Erleichterungen gebe es Fortschritte, so *Bağış*.

GIPFEL ZUR ÖSTLICHEN PARTNERSCHAFT: EP-EMISSÄRE UND TIMOSCHENKO RUFEN UKRAINISCHES PARLAMENT ZU RASCHEM HANDELN AUF

Wenige Wochen vor dem Gipfel zur Östlichen Partnerschaft am 28./29.11.2013, bei dem das ausgehandelte Assoziierungsabkommen EU-Ukraine möglicherweise unterzeichnet werden soll, konzentriert sich die Aufmerksamkeit derzeit auf das ukrainische Parlament. Dort wird über einen Gesetzentwurf beraten, wonach zu Haftstrafen verurteilte Personen unter bestimmten Umständen zur medizinischen Behandlung ins Ausland ausreisen können. Die mit der Annahme dieser „Lex *Timoschenko*“ verbundene, mindestens teilweise Lösung des Falls der früheren ukrainischen Ministerpräsidentin ist die entscheidende Voraussetzung, an deren



Erfüllung die EU die Unterzeichnung des Abkommens geknüpft hat (EB 18/13, 14/13 und 09/13). Trotz eindringlicher Apelle der vom EP in die Ukraine entsandten Mission unter dem früheren EP-Präsidenten Cox und dem früheren polnischen Ministerpräsidenten *Kwasniewski* sowie von *Timoschenko* selbst scheiterte die Annahme des Gesetzes bis zum 13.11.2013 wiederholt. Nun soll am 19.11.2013, einen Tag nach dem Rat der EU-Außenminister, bei dem eigentlich die abschließende Entscheidung über die Unterzeichnung seitens der EU getroffen werden sollte, erneut ein Versuch unternommen werden. Unterdessen hat Russland seinen Druck auf die Ukraine, kein Abkommen mit der EU zu unterzeichnen, offenbar weiter verstärkt.

NEUER EVP-PRÄSIDENT DAUL KÜNDIGT NOMINIERUNG EINES SPITZENKANDIDATEN FÜR EUROPAWAHL AN - SCHULZ WIRD KANDIDAT DER S&D

EVP-Fraktionschef *Daul* ist am 12.11.2013 auch zum neuen Präsidenten der EVP-Parteienfamilie, in der 73 christdemokratische und konservative Parteien aus 39 Ländern zusammengeschlossen sind, gewählt worden. Er tritt die Nachfolge des kürzlich verstorbenen, EVP-Präsidenten *Martens* (EB 17/13) an. *Daul* kündigte nach seiner Wahl an, dass die EVP am 07.03.2014 einen europaweiten Spitzenkandidaten für die Europawahl Ende Mai nominieren will. Wenige Tage vorher wird auch die SPE (Zusammenschluss der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien Europas) ihren Spitzenkandidaten offiziell nominieren. Dabei wird es sich mit aller Wahrscheinlichkeit um EP-Präsident *Schulz* handeln. Die SPE gab am 06.11.2013 bekannt, dass *Schulz*, der sich als einziger Kandidat beworben hatte, mit der Unterstützung von 21 der 32 Mitgliedsparteien mehr als die nötige Unterstützung von 15 Parteien erreicht habe.

STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR BAU UND VERKEHR

ASYL UND MIGRATION

EUGH: HOMOSEXUALITÄT KANN FLÜCHTLINGSEIGENSCHAFT NACH DER GENFER KONVENTION BEGRÜNDEN

Der EuGH hat in einem Urteil vom 7.11.2013 die Voraussetzungen für die Anerkennung der Flüchtlingseigenschaft von homosexuellen Drittstaatsangehörigen nach der Asylverfahrensrichtlinie konkretisiert und stellt dabei folgende drei Punkte heraus:

Wenn im Herkunftsland strafrechtliche Bestimmungen existieren, die spezifisch Homosexuelle betreffen, dann führe das zur Feststellung, dass Homosexuelle im Herkunftsland als eine „bestimmte soziale Gruppe“ i.S.d. Art. 10 Abs. 1 lit. d der Richtlinie anzusehen seien. Zweitens stelle zwar der bloße Umstand, dass homosexuelle Handlungen unter Strafe gestellt sind, als solcher noch keine Verfolgungshandlung i.S.d. Richtlinie dar; dagegen sei eine Freiheitsstrafe für homosexuelle Handlungen, die im Herkunftsland



tatsächlich verhängt wird, eine Verfolgungshandlung i.S.d. Art. 9 der Richtlinie. Drittens könne vom Asylbewerber nicht zu seinen Lasten erwartet werden, dass er seine Homosexualität in seinem Herkunftsland geheim halte oder auch nur Zurückhaltung beim Ausleben seiner sexuellen Ausrichtung übe, um die Gefahr einer Verfolgung zu vermeiden.

Urteil des EuGH:

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=144215&pageIndex=0&doclang=de&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=559144>

BAUEN UND WOHNEN

KOMMISSION LEGT VORSCHLAG ZUR REDUZIERUNG DER KOSTEN IM BAUBEREICH VOR

Die Kommission hat am 30.10.2013 einen Vorschlag vorgelegt, nach dem Hersteller von Bauprodukten Leistungserklärungen zukünftig online auf Ihrer Webseite zur Verfügung stellen, statt per Post oder Email. Die Nachweise müssen nach der offiziellen Zulassung für jedes verkaufte Produkt die technischen Spezifikationen aufführen. Die Änderung soll eine schnellere Kommunikation und eine Reduzierung der Kosten erzielen, sowie den Verkauf fördern. Zusätzlich sollen die Konsumenten die Möglichkeit bekommen, sich vorab über das Produkt und seine Qualitäten zu informieren.

Vorschlag der Kommission:

http://ec.europa.eu/enterprise/sectors/construction/legislation/files/construction-act_en.pdf

INNERE SICHERHEIT

KONSULTATION ZUR VORBEREITUNG DES POST-STOCKHOLM-PROGRAMMS

Unter der Überschrift „Ein offenes und sicheres Europa - was kommt danach " hat die Kommission am 29.10.2013 eine Konsultation zum sog. Post-Stockholm-Prozess gestartet. Nachdem das Stockholm-Programm, in dem die Richtlinien für eine gemeinsame Innen- und Sicherheitspolitik der Mitgliedstaaten der EU niedergelegt sind, Ende 2014 ausläuft, möchte die Kommission Ideen für die Ausgestaltung der EU-Innenpolitik in den nächsten Jahren sammeln. Diese Ideen sollen in eine Kommissionsmitteilung einfließen, die für März 2014 angekündigt ist.

Beschreibung des Ziel und Zwecks der Konsultation mit Kontaktadresse:

http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-is-new/public-consultation/2013/consulting_0027_en.htm



STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ

KOMMISSION BESTÄTIGT: „GELBE KARTE“ FÜR DIE EUROPÄISCHE STAATSANWALTSCHAFT

In seiner Sitzung am 06.11.2013 hat das Kollegium der Kommissare formell festgestellt, dass die von einem Teil der Mitgliedstaaten eingereichten begründeten Stellungnahmen (Subsidiaritätsrügen) gegen den von der Kommission am 17.07.2013 vorgelegten Verordnungsvorschlag zur Errichtung einer Europäischen Staatsanwaltschaft (EB 13/13) das erforderliche Quorum erreicht haben. Nun werden die entsprechenden Benachrichtigungen an die nationalen Parlamente, Rat und EP verschickt. Als nächstes wird die Kommission den in der Kritik stehenden Verordnungsvorschlag materiell prüfen, um dann zu entscheiden, wie sie weiter verfahren, d.h. ob sie an ihm unverändert festhalten, ihn abändern oder gar zurückziehen will. Diese Entscheidung will die Kommission am 27.11.2013 verkünden.

Link zu den eingereichten begründeten Stellungnahmen:

<http://www.ipex.eu/IPEXL-WEB/dossier/document/COM20130534.do>

Link zu den Protokollen zum Vertrag von Lissabon:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2010:083:0201:0328:DE:PDF>

Beschluss des Bundesrates vom 11.10.2013 (BR-Drs. 631/13):

[http://www.bundesrat.de/cln_340/nn_1934482/SharedDocs/Drucksachen/2013/0601-700/631-13_28B_29.templateld=raw_property=publicationFile.pdf/631-13\(B\).pdf](http://www.bundesrat.de/cln_340/nn_1934482/SharedDocs/Drucksachen/2013/0601-700/631-13_28B_29.templateld=raw_property=publicationFile.pdf/631-13(B).pdf)

ECPI STELLT IN DER BAYERISCHEN VERTRETUNG SEIN „MANIFEST ZUM EUROPÄISCHEN STRAFVERFAHRENSRECHT“ VOR

Am 12.11.2013 hat die „European Criminal Policy Initiative“ (ECPI) in der Bayerischen Vertretung sein „Manifest zum Europäischen Strafverfahrensrecht“ vorgestellt. Vizepräsidentin und Justizkommissarin *Viviane Reding* bedankte sich für die Arbeit des ECPI, welche die Kommission seit 2012 auch finanziell unterstützt. Die Veranstaltung stieß in Brüssel auf großes Interesse.

Rede von Justizkommissarin Reding (in englischer Sprache):

http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-13-914_en.htm

„Manifest zum Europäischen Strafverfahrensrecht“ einsehbar unter (ZIS 2013, 412 ff):

www.zis-online.com

Informationen zu ECPI:

www.crimpol.eu



STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN, FÜR LANDESENTWICKLUNG UND HEIMAT

WESENTLICHE ERGEBNISSE DER SITZUNG DER EUROGRUPPE VOM 14.11.2013

Irland und Spanien haben angekündigt, nach Ablauf ihrer aktuellen Anpassungsprogramme Ende des Jahres keinen Antrag auf ein Anschlussprogramm zu stellen. Beide Mitgliedstaaten sind ein Beleg dafür, dass eine konsequente Umsetzung der Anpassungsprogramme zum Erfolg führen kann. Die Eurogruppe unterstützt den sog. „Clean Exit“ von Irland und Spanien aus den Rettungsprogrammen, weist aber deutlich darauf hin, dass der Konsolidierungs- und Reformkurs auch nach Beendigung der Anpassungsprogramme fortgesetzt werden muss. Diese positive Nachricht wird eingetrübt durch die negativen Entwicklungen in Griechenland. Dort gab es zuletzt kaum Reformfortschritte. Die Eurogruppe zeigte sich äußerst unzufrieden mit dieser Entwicklung und mahnte nachdrücklich dringenden Handlungsbedarf an. Angesichts der stockenden Troika-Mission werden weitere Entscheidungen zu Griechenland (Freigabe der nächsten Tranche, ggf. Maßnahmen zur Schließung der Finanzierungslücke) voraussichtlich erst im Januar 2014 getroffen werden können.

Erklärung der Eurogruppe zu Irland:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/139579.pdf

Erklärung der Eurogruppe zu Spanien:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/139580.pdf

FRÜHWARNBERICHT DER KOMMISSION ZUR BEKÄMPFUNG MAKROÖKONOMISCHER UNGLEICHGEWICHTE IN DER EU

Die Kommission hat am 13.11.2013 ihren jährlichen Frühwarnbericht zur Bekämpfung makroökonomischer Ungleichgewichte in der EU veröffentlicht (sog. „Warnmechanismus-Bericht“). Gegen Spanien und Slowenien läuft bereits ein Verfahren wegen übermäßiger makroökonomischer Ungleichgewichte (korrektiver Arm). Die Kommission nennt in ihrem Frühwarnbericht daneben weitere Mitgliedstaaten, deren makroökonomische Lage eingehender analysiert werden muss: Frankreich, Italien, Ungarn, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Malta, die Niederlande, Finnland, Schweden, das Vereinigte Königreich, Kroatien, Luxemburg und Deutschland (präventiver Arm). Die eingehende Überprüfung Deutschlands wird v. a. damit begründet, dass der deutsche Leistungsüberschuss im Dreijahresdurchschnitt bei 6,5 % und damit über dem im sog. „Scoreboard“ vorgesehenen Schwellenwert von 6 % liegt. Der Frühwarnbericht ist zunächst rein analytischer Art und noch nicht mit konkreten Handlungsempfehlungen verbunden.

Frühwarnbericht:

http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/2014/amr2014_en.pdf



KOMMISSION LEGT JAHRESWACHSTUMSBERICHT 2014 VOR

Die Kommission hat am 13.11.2013 den Jahreswachstumsbericht für das Jahr 2014 vorgelegt und damit das vierte Europäische Semester zur haushalts- und wirtschaftspolitischen Steuerung eingeleitet. Die Prioritäten des Jahreswachstumsberichts 2014 entsprechen denen der beiden Vorjahre: Inangriffnahme einer differenzierten, wachstumsfreundlichen Haushaltskonsolidierung, Wiederherstellung einer normalen Kreditvergabe an die Wirtschaft, Förderung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Bewältigung der sozialen Folgen der Krise, Modernisierung der Verwaltungen. Der Europäische Rat (ER) wird sich mit dem Jahreswachstumsbericht auf seinem Frühjahrsgipfel am 20./21.03.2014 befassen und allgemeine Leitlinien für die Erstellung der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme und der Nationalen Reformprogramme durch die Mitgliedstaaten beschließen. Darauf aufbauend wird die Kommission im Mai 2014 die länderspezifischen Empfehlungen vorschlagen, die dann vom ER im Juni bestätigt und im Anschluss vom Rat formell verabschiedet werden müssen. Neben dem Jahreswachstumsbericht hat die Kommission einen Bericht über die Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen veröffentlicht.

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-1064_de.htm

Internetseite der Kommission zum Europäischen Semester 2014:

http://ec.europa.eu/europe2020/making-it-happen/annual-growth-surveys/index_en.htm

Jahreswachstumsbericht 2014:

http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/2014/ags2014_de.pdf

Bericht zum Stand der Umsetzung der letzten länderspezifischen Empfehlungen durch die Mitgliedstaaten:

http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/2014/csrimpl2014_swd_de.pdf

HERBSTPROGNOSE DER KOMMISSION

Nach der von der Kommission am 05.11.2013 veröffentlichten Herbstprognose zur weiteren wirtschaftlichen Entwicklung in der EU ist die europäische Wirtschaft im zweiten Quartal dieses Jahres wieder auf den Wachstumspfad zurückgekehrt. Betrachtet man das Gesamtjahr 2013, bleibt das BIP in der EU im Vergleich zum Vorjahr unverändert. Für den Euroraum erwartet die Kommission einen Rückgang um 0,4 %. Für 2014 prognostiziert die Kommission ein Wachstum von 1,4 % in der EU und 1,1 % im Euroraum, für 2015 ein Wachstum von 1,9 % (EU) bzw. 1,7 % (Euroraum). Die Haushaltsdefizite werden im Jahr 2013 bei 3,5 % des BIP in der EU und 3,1 % im Euroraum liegen. Für das Jahr 2014 prognostiziert die Kommission ein Defizit von 2,7 % in der EU und 2,5 % im Euroraum, für 2015 ein Defizit von 2,6 % in der EU und 2,4 % im Euroraum. Die Schuldenstände erreichen nach der Kommissionsprognose im Jahr 2014 mit 90,2 % des BIP in der EU und 95,9 % im Euroraum ihren zumindest vorläufigen Höhepunkt. Bemerkenswert ist, dass sich in den nächsten Jahren die Leistungsbilanzungleichgewichte in den Krisenstaaten reduzieren.



Dokumente zur Herbstprognose:

http://ec.europa.eu/economy_finance/eu/forecasts/2013_autumn_forecast_en.htm#

HAUSHALTSAUSSCHUSS DES EP STIMMT MEHRJÄHRIGEM FINANZRAHMEN 2014 - 2020 ZU

Der Haushaltsausschuss des EP hat am 14.10.2013 - mit 28 gegen 5 Stimmen - seine Zustimmung zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020 (MFR) erteilt. Damit kann die abschließende Abstimmung im Plenum des EP am 19.11.2013 stattfinden. Die Zustimmung auch des EP-Plenums ist sehr wahrscheinlich. Im Plenum bedarf es der Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des EP. Bezüglich der finanziellen Ausstattung bleibt es bei dem Zahlentableau, auf das sich der ER bereits auf seiner Sitzung am 07./08.02.2013 geeinigt hatte. Strukturell, d. h. inflationsbereinigt betrachtet, liegt der MFR 2014 - 2020 um über 3 % unter dem Volumen des Finanzrahmens 2007 - 2013. Gleichwohl ist noch nicht ausgemacht, dass es in der Finanzperiode 2014 - 2020 tatsächlich zu geringeren Ausgaben kommt als in den Jahren 2007 - 2013. Denn der Rat ist dem EP v. a. bezüglich der Flexibilität im MFR weit entgegen gekommen. Damit wird es wesentlich wahrscheinlicher, dass die Obergrenzen des MFR künftig auch tatsächlich ausgeschöpft werden.

Pressemitteilung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20131114IPR24605/html/Budgets-Committee-approves-EU%E2%80%99s-2014-2020-budget-and-2014-budget-deal>

EINIGUNG ÜBER DEN EU-HAUSHALT 2014 UND DIE BERICHTIGUNGSHAUSHALTE ZUM EU-HAUSHALT 2013

Der Rat und das EP haben sich am 12.11.2013 im Vermittlungsverfahren über den EU-Haushalt 2014 geeinigt. Die Zahlungsermächtigungen liegen bei 135,5 Mrd. € und damit um 6,5 % unter dem Niveau des Jahres 2013 (inklusive Berichtigungshaushalte). Die Verpflichtungsermächtigungen liegen bei 142,6 Mrd. € und damit um 6,2 % unter dem Niveau des Jahres 2013. Der EU-Haushalt 2014 ist Teil eines Gesamtkompromisses. Dieser umfasst auch die Berichtigungshaushalte Nr. 8 (zweite Tranche in Höhe von 3,9 Mrd. € zur Deckung bestehender Verpflichtungen der EU) und Nr. 9 (Fluthilfen, davon 360,5 Mio. € für Deutschland). Der Rat wird das Ergebnis des Vermittlungsverfahrens voraussichtlich am 19.11.2013 formal billigen, das EP am 20.11.2013. Die Einigung über den EU-Haushalt 2014 und über die beiden Nachtragshaushalte ist ein entscheidender Schritt auf dem Weg zur Verabschiedung des MFR 2014-2020. Das Plenum des EP könnte daher die Zustimmung zum MFR bereits im Rahmen der nächsten Plenarsitzung am 19.11.2013 erteilen.

Pressemitteilung des Rates:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/139448.pdf

Pressemitteilung des EP:

http://www.europarl.europa.eu/pdfs/news/expert/infopress/20131112IPR24403/20131112IPR24403_en.pdf

Pressemitteilung der Kommission:



http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-978_en.htm

JAHRESBERICHT DES EUROPÄISCHEN RECHNUNGSHOFES FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2012

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) hat am 05.11.2013 seinen Bericht über die Ausführung des EU-Haushaltsplans 2012 veröffentlicht. Dieser Bericht ist Grundlage für das jährliche Haushaltsentlastungsverfahren. Aus Sicht des EuRH stellt die Jahresrechnung 2012 die Finanzlage der EU sowie die Vorgänge und Cashflows des Jahres insgesamt sachgerecht dar. Die Zahlungen sind aber nach wie vor in wesentlichem Ausmaß mit Fehlern behaftet. Die geschätzte Fehlerquote beträgt 4,8 % (rd. 7 Mrd. €) und liegt damit deutlich über den Fehlerquoten der Vorjahre. Die fehlerträchtigsten Bereiche waren im Jahr 2012 die Entwicklung des ländlichen Raums, Umwelt, Fischerei und Gesundheit mit einer Fehlerquote von 7,9 % (2011: 7,7 %) sowie Regionalpolitik, Energie und Verkehr mit einer Fehlerquote von 6,8 % (2011: 6,0 %). Um die Fehlerquote künftig zu senken, empfiehlt der EuRH insbesondere die Vereinfachung der Ausgabenvorschriften.

Pressemitteilung des EuRH:

http://europa.eu/rapid/press-release_ECA-13-36_de.htm

Häufig gestellte Fragen (FAQ):

http://europa.eu/rapid/press-release_ECA-13-37_de.htm

Jahresbericht des EuRH:

http://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/AR12/AR12_DE.pdf

ÖFFENTLICHE ANHÖRUNG IM EP ZUR ARBEIT DER TROIKA

Im Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) des EP gab es am 05.11.2013 eine öffentliche Anhörung zum Thema „Erfolge und Misserfolge in den Krisenländern“. Diese Anhörung bildete den Auftakt der Arbeiten des ECON-Ausschusses an einem Untersuchungsbericht zur Arbeit der Troika (IWF, EZB, Kommission) in Griechenland, Irland, Portugal und Zypern (EB 18/13). Die beiden Ko-Berichtersteller, EP-Vizepräsident *Othmar Karas* (EVP/AUT) und MdEP *Liem Hoang Ngoc* (S&D/FRA) äußerten sich sehr kritisch zur Arbeit der Troika (mangelnde politische Legitimation, Transparenz und parlamentarische Kontrolle). Vor allem Abgeordnete aus den südeuropäischen Mitgliedstaaten nutzten die Anhörung für eine grundsätzliche Kritik an der Arbeit der Troika. Positiv bewertet wurde die Arbeit vor allem von deutschen Abgeordneten wie MdEP *Werner Langen* (CDU) oder MdEP *Markus Ferber* (CSU), der in einer Pressemitteilung ausführlich Stellung nahm. Die Vertreter der EZB und der Kommission verteidigten ebenfalls die Arbeit der Troika. Der IWF hat an der Anhörung nicht teilgenommen.

Pressemitteilung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20131104IPR23615/html/MEPs-incensed-over-Troika-crisis-management>



VEREINBARKEIT DER PKW-MAUT MIT EU-RECHT

Aufgrund einer schriftlichen Anfrage von MdEP *Michael Cramer* (Grüne) hat *Siim Kallas*, Vizepräsident der Kommission und Verkehrskommissar, zur Frage Stellung genommen, ob die Einführung einer Pkw-Maut bei gleichzeitiger Senkung der Kfz-Steuer im Einklang mit EU-Recht steht. Die nur Inländern zugute kommende Senkung der Kfz-Steuer bei gleichzeitiger Erhebung einer Maut für alle Nutzer (Inländer und Ausländer) stelle keine Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit dar. Die Maut müsse in einem angemessenen Verhältnis zur Nutzung der Infrastruktur stehen.

Anfrage von MdEP *Cramer*:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fTEXT%2bWQ%2bP-2013-011520%2b0%2bDOC%2bXML%2bV0%2f%2fDE&language=DE>

Antwort der Kommission:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getAllAnswers.do?reference=P-2013-011520&language=DE>

TRILOGEINIGUNG ZUR „OMNIBUS II“-RICHTLINIE – „SOLVENCY II“-REGELWERK FÜR EIGENKAPITALANFORDERUNGEN BEI VERSICHERUNGEN SOLL ZUM 01.01.2016 ANWENDUNG FINDEN

Am 13.11.2013 haben die Unterhändler von Rat und EP eine Einigung zur sog. „Omnibus II“-Richtlinie erzielt, die für die Versicherungswirtschaft von hohem Interesse ist. Sie passt die Solvency II-Richtlinie 2009/138/EG an die neue Aufsichtsstruktur im Finanzmarktsektor an und enthält entsprechende Regelungen zu Aufgaben und Befugnissen der EIOPA (Europäische Aufsicht für Versicherungen). In den Gesetzgebungsprozess sind aber nun auch inhaltliche Veränderungen der Solvency II-Richtlinien eingeflossen, die auf einem im Sommer vorgestellten Bericht der EIOPA beruhen. Die Änderungen betreffen v. a. die risikobasierte Kapitalhinterlegung bei langfristigen Anlagen, wie sie etwa für deutsche Lebensversicherungsprodukte genutzt werden (s. dazu Beitrag des STMW/MET in diesem EB).

Pressemitteilung der litauischen Ratspräsidentschaft (nur in englischer Sprache):

<http://www.eu2013.lt/en/news/pressreleases/lithuanian-presidency-reaches-provisional-agreement-with-the-european-parliament-on-omnibus-ii-directive>

Reaktion von Binnenmarktkommissar *Barnier* auf die Einigung (nur in englischer Sprache):

http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-992_en.htm?locale=en



STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND MEDIEN, ENERGIE UND TECHNOLOGIE

WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE

JAHRESWACHSTUMSBERICHT 2014 DER KOMMISSION – BEGINN DES NEUEN EUROPÄISCHEN SEMESTERS

Die Kommission hat am 13.11.2013 den Jahreswachstumsbericht 2014 in Verbindung mit einem Paket weiterer Mitteilungen vorgelegt. Damit beginnt das neue Europäische Semester, ein Prozess zur wirtschaftspolitischen Koordinierung auf EU-Ebene. Für Deutschland hat sie dabei erstmals eine vertiefte Überprüfung im Rahmen des Verfahrens zur Bekämpfung makroökonomischer Ungleichgewichte angekündigt, da Deutschland über Jahre hinweg einen sehr hohen Leistungsbilanzüberschuss aufweise. Insgesamt sieht die Kommission den neuen Durchlauf im Zeichen einer beginnenden wirtschaftlichen Erholung in der EU, die sich in einem Rückgang der durchschnittlichen Neuverschuldung der Mitgliedstaaten, in stärkerem Wachstum und zumindest einem Ende des Anstiegs der Arbeitslosigkeit ausdrücke. Trotzdem bestehe weiterhin erheblicher Reformbedarf, um längerfristig wettbewerbsfähig zu sein. Die Kommission sieht ihre bisherige wirtschaftspolitische Haltung durch die skizzierte Entwicklung bestätigt und bleibt daher für das kommende Europäische Semester bei den aus dem Vorjahr bekannten Prioritäten: wachstumsfreundliche Haushaltskonsolidierung, Wiederherstellung einer normalen Kreditvergabe an die Wirtschaft, Förderung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Bewältigung der sozialen Folgen der Krise sowie schließlich die Modernisierung der Verwaltung (zum Verfahren wegen makroökonomischer Ungleichgewichte insbesondere gegen Deutschland s. den eigenen Beitrag im Geschäftsbereich des StMFLH in diesem EB).

Pressemitteilung der Kommission mit Verlinkung:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-1064_de.htm

Ausgangsseite zum Europäischen Semester 2014 (nur in englischer Sprache) mit Verlinkung aller

Dokumente:

http://ec.europa.eu/europe2020/making-it-happen/annual-growth-surveys/index_en.htm

FRÜHWARNBERICHT DER KOMMISSION ZUR BEKÄMPFUNG MAKROÖKONOMISCHER UNGLEICHGEWICHTE IN DER EU

Die Kommission hat am 13.11.2013 ihren jährlichen Frühwarnbericht zur Bekämpfung makroökonomischer Ungleichgewichte in der EU veröffentlicht (sog. „Warnmechanismus-Bericht“). Gegen Spanien und Slowenien läuft bereits ein Verfahren wegen übermäßiger makroökonomischer Ungleichgewichte (korrekativer Arm). Die Kommission nennt in ihrem Frühwarnbericht daneben weitere Mitgliedstaaten, deren makroökonomische Lage eingehender analysiert werden muss: Frankreich, Italien, Ungarn, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Malta,



die Niederlande, Finnland, Schweden, das Vereinigte Königreich, Kroatien, Luxemburg und Deutschland (präventiver Arm). Die eingehende Überprüfung Deutschlands wird v. a. damit begründet, dass der deutsche Leistungsüberschuss im Dreijahresdurchschnitt bei 6,5 % und damit über dem im sog. „Scoreboard“ vorgesehenen Schwellenwert von 6 % liegt. Der Frühwarnbericht ist zunächst rein analytischer Art und noch nicht mit konkreten Handlungsempfehlungen verbunden (s. dazu Beitrag des StMFLH in diesem EB).

Frühwarnbericht:

http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/2014/amr2014_en.pdf

HERBSTPROGNOSE DER KOMMISSION

Nach der von der Kommission am 05.11.2013 veröffentlichten Herbstprognose zur weiteren wirtschaftlichen Entwicklung in der EU ist die europäische Wirtschaft im zweiten Quartal dieses Jahres wieder auf den Wachstumspfad zurückgekehrt. Betrachtet man das Gesamtjahr 2013, bleibt das BIP in der EU im Vergleich zum Vorjahr unverändert. Für den Euroraum erwartet die Kommission einen Rückgang um 0,4 %. Für 2014 prognostiziert die Kommission ein Wachstum von 1,4 % in der EU und 1,1 % im Euroraum, für 2015 ein Wachstum von 1,9 % (EU) bzw. 1,7 % (Euroraum). Die Haushaltsdefizite werden im Jahr 2013 bei 3,5 % des BIP in der EU und 3,1 % im Euroraum liegen. Für das Jahr 2014 prognostiziert die Kommission ein Defizit von 2,7 % in der EU und 2,5 % im Euroraum, für 2015 ein Defizit von 2,6 % in der EU und 2,4 % im Euroraum. Die Schuldenstände erreichen nach der Kommissionsprognose im Jahr 2014 mit 90,2 % des BIP in der EU und 95,9 % im Euroraum ihren zumindest vorläufigen Höhepunkt. Bemerkenswert ist, dass sich in den nächsten Jahren die Leistungsbilanzungleichgewichte in den Krisenstaaten reduzieren (s. dazu Beitrag des StMFLH in diesem EB).

Dokumente zur Herbstprognose:

http://ec.europa.eu/economy_finance/eu/forecasts/2013_autumn_forecast_en.htm#

EP-AUSSCHUSS BESTÄTIGT TRILOGERGEBNIS ZUR KOHÄSIONSPOLITIK AB 2014

Der Ausschuss für Regionale Entwicklung des EP (REGI) hat am 07.11.2013 die zuvor bereits vom AStV validierten Kompromisse der Trilogverhandlungen über die Verordnungen zur künftigen Kohäsionspolitik 2014 - 2020 (EB 18/13) mehrheitlich angenommen (27/4/10). Als nächstes wird das Kompromisspaket Ende November 2013 dem Plenum zur Abstimmung vorgelegt. Insbesondere MdEP der Fraktion der Grünen behalten sich vor, dort Änderungsanträge bzgl. der vorgesehenen makroökonomischen Konditionalitäten (haushaltsdisziplinäre Bedingungen für die Mittelauszahlungen an die Mitgliedstaaten) einzubringen, was bei Erfolg eine zweite Lesung bedeuten würde.

Pressemitteilung des REGI (nur in englischer Sprache):

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20131104IPR23610/html/Cohesion-Policy-reform-MEPs-approve-deal-with-Council>



TRILOGEINIGUNG ZUR „OMNIBUS“-RICHTLINIE – „SOLVENCY II“-REGELWERK FÜR EIGENKAPITALANFORDERUNGEN BEI VERSICHERUNGEN SOLL ZUM 01.01.2016 ANWENDUNG FINDEN

Am 13.11.2013 haben die Unterhändler von Rat und EP eine Einigung zur sog. „Omnibus II“-Richtlinie erzielt, die für die Versicherungswirtschaft von hohem Interesse ist. Sie passt die Solvency II-Richtlinie 2009/138/EG betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit an die neue Aufsichtsstruktur im Finanzmarktsektor an und enthält entsprechende Regelungen zu Aufgaben und Befugnissen der EIOPA (Europäische Aufsicht für Versicherungen). In den Gesetzgebungsprozess sind aber nun auch inhaltliche Veränderungen der Solvency II-Richtlinien eingeflossen, die auf einem im Sommer vorgestellten Bericht der EIOPA beruhen. Die Änderungen betreffen v. a. die risikobasierte Kapitalhinterlegung bei langfristigen Anlagen, wie sie etwa für deutsche Lebensversicherungsprodukte genutzt werden.

Pressemitteilung der litauischen Ratspräsidentschaft (nur in englischer Sprache):

<http://www.eu2013.lt/en/news/pressreleases/lithuanian-presidency-reaches-provisional-agreement-with-the-european-parliament-on-omnibus-ii-directive>

Pressemitteilung des EP (nur in englischer Sprache):

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20131104IPR23608/html/Creative-Europe-programme-easier-access-to-funding> Reaktion von Binnenmarktkommissar *Barnier* auf die Einigung (nur in englischer Sprache):

[http://europa.eu/rapid/press-release MEMO-13-992_en.htm?locale=en](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-992_en.htm?locale=en)

KONSULTATION ZU NEUEN BEIHILFELEITLINIEN FÜR DIE RETTUNG UND UMSTRUKTURIERUNG VON UNTERNEHMEN IN SCHWIERIGKEITEN (AUSSERHALB DES FINANZSEKTORS)

Die Kommission hat am 05.11.2013 eine Konsultation zu einem Textentwurf für neue Beihilfenleitlinien für die Rettung und Umstrukturierung von Unternehmen in Schwierigkeiten (außerhalb des Finanzsektors) eingeleitet. Die Kommission steht solchen Beihilfen grundsätzlich sehr kritisch gegenüber, da sie Unternehmen auf dem Markt halten könnten, die sich als nicht ausreichend marktfähig erwiesen haben. Jedoch gebe es Fälle, in denen Unternehmen durch staatliche Unterstützungsleistungen in Verbindung mit Umstrukturierungen wieder eine Aussicht auf Rentabilität bekämen, so dass eine Beihilfe Arbeitsplätze und Know-how erhalten helfe und daher genehmigt werden könne. Einer der zentralen Punkte der geplanten Überarbeitung ist die neue Definition von „Unternehmen in Schwierigkeiten“; die Mitgliedstaaten sollen hierzu Daten und andere Erkenntnisse beitragen. Die Konsultation läuft bis zum 31.12.2013.

Internetseite zur Konsultation (nur in englischer Sprache; der Textentwurf für die neuen Leitlinien ist auch auf Deutsch verfügbar):

http://ec.europa.eu/competition/consultations/2013_state_aid_rescue_restructuring/index_en.html



BERICHT ÜBER DEN ZUGANG ZU FINANZIERUNG FÜR KMU 2013

Die Kommission und die EZB haben am 13.11.2013 ihren gemeinsamen Bericht über den Zugang zu Finanzierung für KMU 2013 vorgestellt. Die Kommission zeigte sich besorgt darüber, dass etwa ein Drittel der befragten KMU im Jahr 2013 nicht die volle von ihnen gewünschte Finanzierung bekommen hätten; 15 % sähen darin gar ein erhebliches Problem für ihren Betrieb. Den Unternehmen zufolge haben sich die Bedingungen für die Finanzierung durch Banken 2013 weiter verschlechtert, was Zinsen, das Bereitstellen von Sicherheiten und erforderliche Bürgschaften anbelangt. Der Bericht, für den 15.000 Firmen in 37 Ländern Europas befragt wurden, spiegelt die Situation von April bis September 2013 wider. Er wurde zuletzt 2011 und 2009 erstellt und soll nun jährlich erfolgen.

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-1070_de.htm

AUSSENWIRTSCHAFT

KONSULTATION ZUM ENTSCHÄDIGUNGSVERFAHREN IM FALLE DER VERHÄNGUNG VON ANTIDUMPING-ZÖLLEN

Die Kommission hat am 08.11.2013 eine Konsultation zum Entschädigungsverfahren im Falle der Verhängung von Strafzöllen nach der derzeitigen EU-Antidumping-Verordnung (EG) Br. 1225/2009 bekannt gegeben, die noch bis zum 09.12.2013 läuft. Sie möchte auf diese Grundlage neue Leitlinien entwickeln, welche den seit 2002 geltenden Text ersetzen.

Die Meldung ist einsehbar unter (nur in englischer Sprache):

<http://trade.ec.europa.eu/eutn/sample.htm?id=EUTN>

Der Entwurf der neuen Leitlinien ist einsehbar unter (nur in englischer Sprache):

http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2013/november/tradoc_151874.pdf

MEDIEN

KOMMISSION VERÖFFENTLICHT NEUE BEIHILFEVORSCHRIFTEN FÜR DIE FILMFÖRDERUNG

Am 13.11.2013 nahm die Kommission die endgültige Fassung der Mitteilung über staatliche Beihilfen für Filme und andere audiovisuelle Werke an. Im Zentrum der Überarbeitung standen zum einen die sog. „Territorialklausel“, d. h. die Möglichkeit, Produktionsausgaben an territoriale Auflagen zu knüpfen, und zum anderen die Ausweitung der förderbaren Tätigkeiten. Des Weiteren wird den Mitgliedstaaten ein gewisser Entscheidungsspielraum bei der Definition des Begriffs „kulturelle Aktivitäten“ ebenso zugestanden wie ein höherer Beihilfesatz für grenzüberschreitende Produktionen und für die Förderung des Filmerbes. Außerdem erlaubt die Mitteilung eine Förderung großer internationaler Produktionen und der Modernisierung und Digitalisierung der Kinos. Nicht erfasst von der Mitteilung sind Beihilfen für Spiele. Anders als die im



Dezember 2012 ausgelaufene Vorgängerregelung aus dem Jahr 2001 hat die neue Mitteilung kein „Verfallsdatum“ mehr, sondern soll unbegrenzt gelten. Die Mitgliedstaaten haben nun zwei Jahre Zeit, ihre bestehenden Filmförderregelungen an die neuen Vorschriften anzupassen.

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-1074_de.htm

EP: ZUSTIMMUNG ZUM EU-PROGRAMM KREATIVES EUROPA

Nach langen Verhandlungen zwischen Kommission, Rat und EP hat am 05.11.2013 der Kulturausschuss des EP dem Kompromiss des EU-Rahmenprogramms „Kreatives Europa“, unter dessen Dach künftig Kultur- und Medienförderung vereint werden, zugestimmt (EB 12/13). Nach der formalen Verabschiedung durch das Novemberplenium und den Rat kann das Förderprogramm dann wie vorgesehen zum 01.01.2014 in Kraft treten.

Pressemitteilung des EP (nur in englischer Sprache):

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20131104IPR23608/html/Creative-Europe-programme-easier-access-to-funding>

KOMMISSION PRÜFT ZUGESTÄNDNISSE VON GOOGLE AN DIE WETTBEWERBER

Die Kommission leitete am 28.10.2013 die ausgehandelten Kompromisse über die Platzierung von Diensten verschiedener Konkurrenten in den Suchergebnissen von Google an die Mitbewerber weiter. Diesen wird somit die Gelegenheit geben, innerhalb von vier Wochen die Vereinbarungen zu kommentieren. Der Internetkonzern selbst reagiert damit auf eine Androhung von Kartellstrafen durch den Vizepräsidenten der Kommission *Almunia* (Wettbewerb), sollte Google seine Suchmaschineneinstellungen nicht überarbeiten (EB 02/13).

TELEFÓNICA DEUTSCHLAND BEANTRAGT BEI DER KOMMISSION DIE ÜBERNAHME VON E-PLUS

Die Telefónica Deutschland Holding AG, Deutschlands kleinster Mobilfunkanbieter, bekannt unter dem Namen O2, beantragte am 31.10.2013 bei der Kommission die Übernahme der zur KPN gehörenden E-Plus Mobilfunk GmbH & Co. KG. Mit einem Abschluss der Kommissionsprüfung wird erst im ersten Halbjahr 2014 gerechnet.

Ankündigung über die Anzeige des Zusammenschlusses bei der Kommission:

http://ec.europa.eu/competition/mergers/cases/additional_data/m7018_421_3.pdf



EP UND RAT EINIGEN SICH ZUR RICHTLINIE ÜBER KOLLEKTIVE RECHTSWAHRNEHMUNG

Am 04.11.2013 erzielten EP und Rat eine Einigung in dem im September begonnenen Trilog zur vorgeschlagenen Richtlinie der Kommission über die kollektive Wahrnehmung von Urheber- sowie verwandten Schutzrechten (EB 13/13). Neben einer vereinfachten Vergabe von Mehrgebietslizenzen sieht der Entwurf vor allem effektivere Verwaltungsvorschriften bei den Verwertungsgesellschaften vor. Der JURI-Ausschuss soll am 26.11.2013, das EP voraussichtlich im Februar 2014 über die Richtlinie abstimmen.

Weitere Informationen zum Trilog:

http://www.europarl.europa.eu/pdfs/news/expert/infopress/20131105IPR23815/20131105IPR23815_en.pdf

http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-955_en.pdf

Weitere Informationen zur Richtlinie:

http://ec.europa.eu/internal_market/copyright/management/index_de.htm

EXPERTENGRUPPE SOLL RECHTSRAHMEN FÜR CLOUD-COMPUTING-VERTRÄGE ENTWERFEN

Im Rahmen des im September 2012 von der Kommission verabschiedeten Strategiekonzeptes zum Cloud-Computing (EB 17/12) und im Lichte der Schlussfolgerungen der letzten Tagung des ER setzte die Kommission am 28.10.2013 eine Expertengruppe ein, die bis zum nächsten Frühjahr einen fakultativen Rechtsrahmen für Cloud-Computing-Verträge erarbeiten soll. Der erhoffte Zugewinn an Rechtssicherheit durch einen solchen Rechtsrahmen soll das Vertrauen der Verbraucher und der KMU in Cloud-Computing stärken und so der digitale Binnenmarkt .

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-990_de.htm

ENERGIE

KOMMISSION FORMULIERT ENERGIEPOLITISCHE GRUNDSÄTZE ZUR FÖRDERUNG ERNEUERBARER ENERGIEN, ZU KAPAZITÄTSMECHANISMEN UND ZUR NACHFRAGESTEUERUNG

Am 05.11.2013 hat die Kommission ihr lange angekündigtes Paket über den Einsatz öffentlicher Interventionen bei der Vollendung des Energiebinnenmarktes vorgelegt. Dabei geht es insbesondere um Interventionen zur Förderung erneuerbarer Energien und um Prämiensysteme für das Vorhalten von Erzeugungskapazitäten zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit („Kapazitätsmechanismen“). Das Paket besteht aus einer übergreifenden Mitteilung „Vollendung des Energiebinnenmarktes und optimale Nutzung staatlicher Interventionen“ („Chapeau-Mitteilung“) und aus vier konkretisierenden Arbeitspapieren. Es handelt sich um rechtlich nicht verbindliche Leitlinien, die die Kommission (Generaldirektion Energie) aus dem Grundgedanken des Energiebinnenmarktes und aus „bewährten Praktiken“ ableitet. Staatliche Interventionen sollen danach erst dann erfolgen, wenn zuvor eine genaue Problemanalyse stattgefunden hat,



die Wechselwirkungen mit anderen politischen Zielen bewertet und binnenmarktfreundliche Alternativmaßnahmen geprüft wurden. Außerdem müssen die schädlichen Auswirkungen auf den Wettbewerb im Energiebinnenmarkt in der konkreten Ausgestaltung minimiert werden (z. B. Durchführung von Auktionen, Grundsatz der Technologieneutralität oder wenn möglich grenzüberschreitendes Handeln). Wichtig ist der Kommission, dass die erneuerbaren Energien an den Markt herangeführt und zukünftig nicht mehr überfördert werden.

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-1021_de.htm

SONSTIGES

HAUSHALTSAUSSCHUSS DES EP STIMMT MEHRJÄHRIGEM FINANZRAHMEN 2014 - 2020 ZU

Der Haushaltsausschuss des EP hat am 14.10.2013 - mit 28 gegen 5 Stimmen - seine Zustimmung zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020 (MFR) erteilt. Damit kann die abschließende Abstimmung im Plenum des EP am 19.11.2013 stattfinden. Die Zustimmung auch des EP-Plenums ist sehr wahrscheinlich. Im Plenum bedarf es der Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des EP. Bezüglich der finanziellen Ausstattung bleibt es bei dem Zahlentableau, auf das sich der ER bereits auf seiner Sitzung am 07./08.02.2013 geeinigt hatte. Strukturell, d. h. inflationsbereinigt betrachtet, liegt der MFR 2014 - 2020 um über 3 % unter dem Volumen des Finanzrahmens 2007 - 2013. Gleichwohl ist noch nicht ausgemacht, dass es in der Finanzperiode 2014 - 2020 tatsächlich zu geringeren Ausgaben kommt als in den Jahren 2007 - 2013. Denn der Rat ist dem EP v. a. bezüglich der Flexibilität im MFR weit entgegen gekommen. Damit wird es wesentlich wahrscheinlicher, dass die Obergrenzen des MFR künftig auch tatsächlich ausgeschöpft werden (s. dazu Beitrag des StMFLH in diesem EB).

Pressemitteilung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20131114IPR24605/html/Budgets-Committee-approves-EU%E2%80%99s-2014-2020-budget-and-2014-budget-deal>

STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN

POLITISCHE EINIGUNG ZUM EU-HAUSHALT 2014

Am 12.11.2013 erreichten EP und Rat eine politische Einigung über den EU-Haushalt 2014. Danach stehen für Zahlungen insgesamt 135,5 Mrd. € (6,5 % weniger als 2013) und für Verpflichtungen insgesamt 142,6 Mrd. € (-6,2 %) zur Verfügung. Die Einigung zum Haushalt 2014 ist auch ein wichtiger Schritt zur Verabschiedung des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) 2014 - 2020 (s. Beitrag des StMFLH in diesem EB).



Im Haushalt 2014 sind für die Rubrik 2 „Nachhaltiges Wachstum: natürliche Ressourcen“ 56,5 Mrd. € für Zahlungen bzw. 59,3 Mrd. € für Verpflichtungen vorgesehen, darunter Verpflichtungen in Höhe von 43,8 Mrd. € für die 1. Säule GAP und 11,6 Mrd. € für die 2. Säule GAP. Der Haushalt für die 1. Säule entspricht dem Kommissionsvorschlag, auf dessen Grundlage die Kommission am 16.10.2013 eine Kürzung der Direktzahlungen 2013 (die aus dem Haushalt 2014 finanziert werden) über 2.000 €/Betrieb um 2,45 % vorgeschlagen hatte. Nach der Haushaltseinigung kann es also dabei bleiben. Nach vorbereitenden Abstimmungen im EP-Haushaltsausschuss könnten der MFR am 19.11.2013 und der Haushalt 2014 am 20.11.2013 durch das EP-Plenum verabschiedet und bis Dezember vom Rat formell bestätigt werden.

Pressemitteilung des Rates:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/139448.pdf

Pressemitteilung des EP:

http://www.europarl.europa.eu/pdfs/news/expert/infopress/20131112IPR24403/20131112IPR24403_en.pdf

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release MEMO-13-978_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-978_en.htm)

EP-AGRARAUSSCHUSS NIMMT POLITISCHE EINIGUNG ZU GAP-ÜBERGANGSREGELUNGEN AN

Am 04.11.2013 nahm der Agrarausschuss des EP die politische Einigung zu den Übergangsregelungen für die GAP mit großer Mehrheit an. Nach der Trilogieeinigung am 17.10.2013 waren die noch offenen Fragen (EB 17/13) im Rahmen eines informellen Treffens zwischen Vertretern von EP, Rat und Kommission am 23.10.2013 in Straßburg geklärt worden. Danach können bei Kürzungen der Direktzahlungen zur Einhaltung der nationalen Obergrenze die ersten 5.000 €/Betrieb ausgenommen werden. Die politische Einigung wurde von den Mitgliedstaaten am 28.10.2013 im Sonderausschuss Landwirtschaft bestätigt. Die formelle Annahme durch das EP-Plenum ist für 20.11.2014 vorgesehen, die anschließende Annahme durch den Rat im Dezember. Danach können die Regelungen Anfang 2014 in Kraft treten.

EURH: GAP-AUSGABEN 2012 HÄUFIG MIT FEHLERN BELASTET

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) hat am 05.11.2013 seinen Jahresbericht zur Ausführung des EU-Haushalts 2012 veröffentlicht. Die geschätzte Fehlerquote für die gesamten Ausgaben aus dem EU-Haushalt (138,6 Mrd. €) ist danach im Vergleich zum Vorjahr von 3,9 % auf 4,8 % angestiegen, was teilweise (0,3 %) an einem veränderten Testverfahren des EuRH liege (s. Beitrag des StMFLH in diesem EB). Der Bereich Landwirtschaft: Marktstützung und Direktzahlungen (1. Säule GAP) mit einem Ausgabenvolumen von 44,5 Mrd. € weist eine Fehlerquote von 3,8 % (Vorjahr 2,9 %) auf. Nach wie vor am häufigsten mit Fehlern belastet ist der Ausgabenbereich Entwicklung des ländlichen Raums, Umwelt, Fischerei und Gesundheit mit einer geschätzten Fehlerquote von 7,9 % (Vorjahr 7,7 %). Auf diesen Bereich entfallen Ausgaben in Höhe von 15 Mrd. €, davon knapp 90 % für die Entwicklung des ländlichen Raums (2. Säule GAP). Die zweithöchste



Fehlerquote erreicht weiterhin der Bereich Regionalpolitik, Energie und Verkehr (40 Mrd. € Ausgaben) mit 6,8 %.

Vollständiger Bericht:

http://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/AR12/AR12_DE.pdf

Pressemitteilung des EuRH:

http://europa.eu/rapid/press-release_ECA-13-36_de.htm

Ausführliche Pressemitteilung des EuRH mit Überblick:

http://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/INAR12/INAR12_DE.pdf

Pressemitteilung der Kommission

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-1028_de.htm

EU STELLT 35 MIO. € FÜR PROGRAMME ZUR ABSATZFÖRDERUNG VON AGRARPRODUKTEN BEREIT

Am 07.11.2013 genehmigte die Kommission 22 Programme zur Absatzförderung von Agrarprodukten in der EU und in Drittländern. Dafür stehen insgesamt 70 Mio. € Fördermittel zur Verfügung, 35 Mio. € davon stammen von der EU, der restliche Anteil wird von den Dachverbänden, die die Programme vorgeschlagen haben, und den Mitgliedstaaten kofinanziert. Im Rahmen der bewilligten Programme werden EU-geschützte Qualitätsprodukte (g. U., g. g. A. und g. t. S.) gefördert. Außerdem gefördert werden Wein, unter nationalen Qualitätsregelungen produziertes Fleisch, Bioprodukte, Milch und Milcherzeugnisse, Obst und Gemüse, Zierpflanzen, Honig und Imkereierzeugnisse, Rind-, Kalb-, Schweine- und Hühnerfleisch. Ein deutsches Programm ist nicht dabei. Agrarkommissar *Cioloş* begrüßte die Genehmigung der Programme. Die Absatzförderung sei eine wichtige Maßnahme zur Förderung der EU-Wirtschaft. Aus diesem Grund werde die Kommission in den nächsten Wochen eine neue Initiative zur Absatzförderung vorschlagen.

Pressmitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-1039_de.htm

EUROSTAT: STATISTISCHE VERÖFFENTLICHUNG 2013 ZU LANDWIRTSCHAFT, FORSTWIRTSCHAFT UND FISCHEREI

Am 07.11.2013 hat Eurostat, das statistische Amt der EU, die Übersichten zu Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei 2013 herausgegeben, in der ausgewählte Daten zu Agrarstruktur, Preisen, Produktion, bestimmten Erzeugnissen, Umweltaspekten im Agrarsektor, ländlicher Entwicklung, Forstwirtschaft und Fischerei in der EU dargestellt werden.

Gesamtbericht (nur in englischer Sprache):

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-FK-13-001/EN/KS-FK-13-001-EN.PDF



Pressemitteilung Eurostat:

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/5-07112013-AP/DE/5-07112013-AP-DE.PDF

KOMMISSION LEGT BERICHT ZUR ÖKOLANDWIRTSCHAFT IN DER EU VOR

Am 12.11.2013 hat die Kommission ihren Bericht „Zahlen und Fakten über die ökologische Landwirtschaft in der EU“ vorgelegt. Demnach existieren in der EU 186.000 Biobetriebe, die 9,6 Mio. ha landwirtschaftliche Fläche ökologisch bewirtschaften (5,4 % der gesamten Agrarfläche). Im Vergleich zu konventionellen Betrieben sind Ökobetriebe EU-weit größer und werden häufiger von jüngeren Landwirten betrieben. Bei der Bodennutzung macht Dauergrünland mit ca. 45 % den größten Teil aus, es folgen Getreide (ca. 15 %) und Dauerkulturen (ca. 13 %). In der tierischen Erzeugung sind die Rinder- und Schafhaltung von besonderer Bedeutung.

Gesamtbericht (nur in englischer Sprache):

http://ec.europa.eu/agriculture/markets-and-prices/more-reports/pdf/organic-2013_en.pdf

STAATSMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALES, FAMILIE UND INTEGRATION

EUROPÄISCHES SEMESTER 2014: KOMMISSION STELLT JAHRESWACHSTUMSBERICHT UND ENTWURF DES GEMEINSAMEN BESCHÄFTIGUNGSBERICHTS VOR

Das Europäische Semester 2014 hat am 13.11.2013 mit der Vorstellung des Jahreswachstumsberichts und weiterer Dokumente durch die Kommission begonnen. Dabei setzt der Jahreswachstumsbericht die bereits im letzten Jahr festgelegten fünf Prioritäten, darunter die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Bewältigung der sozialen Folgen der Krise, fort. Der Entwurf des Gemeinsamen Beschäftigungsberichts ist ein Begleitdokument des Jahreswachstumsberichts und analysiert die beschäftigungs- und sozialpolitischen Herausforderungen in den Mitgliedstaaten sowie deren Maßnahmen in den letzten zwölf Monaten. Er enthält dieses Jahr zum ersten Mal das von der Kommission am 02.10.2013 vorgeschlagene sog. soziale Scoreboard. Fünf Indikatoren aus dem Bereich der Beschäftigungs- und Sozialpolitik stellen große Unterschiede zwischen Mitgliedstaaten, vor allem innerhalb des Euroraums, bei Arbeitslosigkeit, Jugendarbeitslosigkeit, Haushaltseinkommen, Armutsgefährdungsraten und Ungleichheiten dar. Der Jahreswachstumsbericht wird nun im Rat beraten und im März vom Europäischen Rat 2014 bestätigt werden. Er ist Ausgangspunkt für die Nationalen Reformprogramme der Mitgliedstaaten. Die Ergebnisse des Scoreboards, deren detailliertere Auswertung sich auf bestehende Instrumente stützen soll, sollen im Laufe des Europäischen Semesters weiter analysiert werden.

Pressemitteilung der Kommission mit Verlinkung:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-1064_de.htm



Ausgangsseite zum Europäischen Semester 2014 (nur in englischer Sprache) mit Verlinkung aller Dokumente:

http://ec.europa.eu/europe2020/making-it-happen/annual-growth-surveys/index_en.htm

Jahreswachstumsbericht 2014:

http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/2014/ags2014_de.pdf

Gemeinsamer Beschäftigungsbericht:

http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/2014/jer2014_de.pdf

Warnmechanismusbericht 2014:

http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/2014/amr2014_de.pdf

GIPFEL ZUR JUGENDARBEITSLOSIGKEIT IN PARIS

Am 12.11.2013 fand in Paris auf Einladung des französischen Präsidenten *Hollande* als Fortsetzung der Jugendkonferenz am 03.07.2013 in Berlin ein weiterer Gipfel zur Jugendarbeitslosigkeit in der EU statt. Mehr als zwanzig Staats- und Regierungschefs beschäftigten sich dieses Mal vor allem mit der Umsetzung der zahlreichen angestoßenen Initiativen zur Verbesserung der Situation für arbeitslose junge Menschen in der EU.

Pressemitteilungen des Rates:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/ec/139466.pdf

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/fr/ec/139467.pdf

EUGH-ENTSCHEIDUNG ZUR AUSLEGUNG VON MINDESTLOHN BEI ENTSANDTEN ARBEITNEHMERN

Der EuGH hat sich im Rahmen eines Vorabentscheidungsverfahrens (C-522/12), das vom Bundesarbeitsgericht vorgelegt worden war, mit der Auslegung des Begriffs „Mindestlohnsätze“ in Art. 3 Abs. 1 Unterabs. 1 Buchstabe c der Richtlinie 96/71/EG über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen befasst. Er hat entschieden, dass diese Vorschrift der Einbeziehung von Vergütungsbestandteilen in den Mindestlohn nach der Entsenderichtlinie nicht entgegensteht, wenn diese Bestandteile das Verhältnis zwischen Arbeitnehmerleistung und Gegenleistung des Arbeitgebers nicht verändern. Ob das bei Vergütungsbestandteilen der Fall sei oder nicht, richte sich nach nationalem Recht und sei vom vorlegenden Gericht zu prüfen.

EuGH-Urteil:

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=144214&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=408090>



EMPL-AUSSCHUSS BESTÄTIGT TRILOGEINIGUNG ZUM EGF

Der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (EMPL) des Europäischen Parlaments (EP) hat am 05.11.2013 die Trilogeeinigung zum Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) für die Jahre 2014-2020 bestätigt. Neu ist danach vor allem die Möglichkeit, EGF-Mittel in Zukunft auch für junge NEETs („Non in Education, Employment or Training“, d.h. Menschen, die weder in der Schule sind noch eine Ausbildungsstelle oder einen Arbeitsplatz haben) zu verwenden. Voraussetzung dafür ist, dass diese jungen Menschen in Regionen sind, die unter die Kriterien der Jugendbeschäftigungsinitiative fallen und dass zumindest ein Teil der Entlassungen diese Regionen betrifft. Als nächste Schritte stehen die formalen Zustimmungen durch den Rat und das Plenum des EP an.

<http://www.europarl.europa.eu/document/activities/cont/201311/20131106ATT74027/20131106ATT74027EN.pdf>

KOMMISSIONSVORSCHLAG FÜR EINEN RATS BESCHLUSS ÜBER DEN DREIGLIEDRIGEN SOZIALGIPFEL

Entsprechend der Ankündigung in der Kommissionsmitteilung zur Stärkung der sozialen Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion hat die Kommission am 31.10.2013 einen Vorschlag zur Überarbeitung des Ratsbeschlusses aus dem Jahr 2003 zum Dreigliedrigen Sozialgipfel vorgelegt. Der neue Vorschlag dient insbesondere der Anpassung des Beschlusses an den Vertrag von Lissabon. V. a. ist nun vorgesehen, dass der Präsident des Europäischen Rates gemeinsam mit dem Kommissionspräsidenten den Gipfel leitet. Außerdem ist jetzt u. a. festgeschrieben, dass sich der Gipfel mindestens zweimal jährlich, jeweils vor der Frühjahrs- und Herbsttagung des Europäischen Rates trifft.

Kommissionsvorschlag:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2013:0740:FIN:DE:PDF>

ARBEITSLOSENQUOTE DES EURORAUMS IM SEPTEMBER BEI 12,2 %

Laut der EU-Statistikbehörde Eurostat lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im September 2013 im Euroraum bei 12,2 % und in der EU insgesamt bei 11,0 %. In beiden Gebieten sind die Quoten im Vergleich zum September des Vorjahres gestiegen (September 2012: 11,6 % bzw. 10,6 %), im Vergleich zum Vormonat blieben sie stabil. Insgesamt waren im September 2013 in der EU 26,872 Mio. Frauen und Männer arbeitslos, davon 19,447 Mio. im Euroraum. Nach der Herbst-Wirtschaftsprognose 2013 der Kommission wird erwartet, dass die Arbeitslosenquoten bis 2015 in der EU insgesamt auf 10,7 % und im Euroraum auf 11,8 % sinken werden.

Eurostat Pressemitteilung zur Arbeitslosenquote im September 2013:

http://europa.eu/rapid/press-release_STAT-13-159_de.htm



Eurostat Pressemitteilung zur Herbst-Wirtschaftsprognose 2013:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-1025_de.htm

Details zur Studie der Herbst-Wirtschaftsprognose 2013:

http://ec.europa.eu/economy_finance/eu/forecasts/2013_autumn_forecast_en.htm

STEIGENDE NACHFRAGE NACH ARBEITSKRÄFTEN IM IKT-BEREICH

Laut dem „Europäischen Monitor für offene Stellen“ entstehen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) immer mehr Arbeitsplätze. Die Beschäftigung in dieser Branche nahm zwischen 2011 und 2012 in 26 EU-Mitgliedstaaten (Irland und Kroatien sind aus methodischen Gründen nicht erfasst) um 2 % zu. Gleichzeitig beschreibt der Bericht den Rückgang an Studenten der IKT-Fächer (von 5 % auf 4 % zwischen 2004 und 2011), was zukünftig zu Personalengpässen führen könne. Der Monitor ruft daher zu Maßnahmen auf, die dazu beitragen, dass mehr und insbesondere junge Frauen (weniger als 20 % der Arbeitskräfte dieser Branche waren im Jahr 2012 in der EU Frauen) IKT-Fächer studieren. Grundsätzlich zeigt der Monitor, dass die Gesamtzahl freier Stellen im ersten Quartal 2013 stagnierte und die Neueinstellungen in den 27 EU-Mitgliedstaaten zwischen dem ersten Quartal 2012 und dem ersten Quartal 2013 um 2 % zurückgingen.

Europäischer Monitor für offene Stellen:

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=955&langId=de>

Pressemitteilung:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-1060_de.htm

AUSZEICHNUNGEN FÜR HERAUSRAGENDE FRAUEN, MÄDCHEN UND ORGANISATIONEN AUF DER ICT 2013 IN VILNIUS

Unter der Schirmherrschaft von Kommissionsvizepräsidentin *Neelie Kroes* wurden am 07.11.2013 die Auszeichnungen „Digital Woman of the Year“, „Digital Girls of the Year“ und „Digital Impact Organisation of the Year“ vergeben. Mit den Preisen, die die Große Koalition der EU für digitale Arbeitsplätze (EB 05/13) unterstützen, werden Mädchen und Frauen für ihre Ideen und ihre Kreativität im digitalen Lern- und Arbeitsumfeld sowie Organisationen geehrt, denen es gelingt, mehr Frauen für ein Studium im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) zu begeistern. So wurde die HTW Berlin „Digital Impact Organisation of the Year“. Die Hochschule für Technik und Wirtschaft führte 2009 einen innovativen Bachelorstudiengang für Frauen ein, den „Frauenstudiengang Informatik und Wirtschaft“. Von den jährlich 40 Studentinnen feierten die ersten 2012 ihren Abschluss.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-1047_de.htm



STAATSMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND KULTUS, WISSENSCHAFT UND KUNST

JAHRESWACHSTUMSBERICHT 2014: KOMMISSION BEKRÄFTIGT NOTWENDIGKEIT ZUR MODERNISIERUNG DER BILDUNGSSYSTEME IN DEN MITGLIEDSTAATEN

Am 13.11.2013 hat die Kommission ihren Jahreswachstumsbericht 2014 angenommen, der – wie jedes Jahr – die als „Europäisches Semester“ bezeichnete wirtschaftspolitische Koordinierung in der EU im Rahmen der Strategie „Europa 2020“ einleitet. Wie in den letzten Jahren umfasst die Mitteilung auch bildungspolitische Globalempfehlungen, die nach Ansicht der Kommission von den Mitgliedstaaten im Interesse einer raschen wirtschaftspolitischen Erholung dringend umgesetzt werden müssen. Zudem ist nach Ansicht der Kommission eine Vertiefung des Europäischen Semesters nötig, um eine volle Entfaltung des Potentials der neuen wirtschaftlichen Steuerung zu erreichen. Neben mehr Eigenverantwortung und Mitwirkung am Prozess auf nationaler Ebene, v. a. durch Einbindung nationaler Parlamente, der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft, sieht die Kommission die Notwendigkeit einer besseren Befolgung der jährlichen länderspezifischen Empfehlungen, die jeder Mitgliedstaat am Ende des Europäischen Semesters erhält, auch zu bildungspolitischen Aspekten. Der Europäische Rat wird sich im Dezember 2013 mit der Frage der geeigneten Anreize bzw. Instrumente für die Steigerung der Wirksamkeit dieses ordnungspolitischen Rahmens befassen.

Mitteilung der Kommission „Jahreswachstumsbericht 2014“ :

http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/2014/ags2014_de.pdf

Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststelle zu den Fortschritten der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen:

http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/2014/ags2014_de.pdf

Webseite zum Jahreswachstumsbericht 2020 mit Links zu weiteren Begleitunterlagen:

http://ec.europa.eu/europe2020/making-it-happen/annual-growth-surveys/index_en.htm

ZWEI EUROPÄISCHE BÜRGERINITIATIVEN ZU BIOWISSENSCHAFTLICHER FORSCHUNG OFFENBAR BEI ERREICHUNG DES QUORUMS ERFOLGREICH

Am 01.11.2013 ist die Zeichnungsfrist für die ersten acht Europäischen Bürgerinitiativen abgelaufen. Zwei Initiativen mit Bezug zur biowissenschaftlichen Forschung waren dabei offenbar erfolgreich. Die Petition „Einer von uns“ setzt sich für ein Ende der EU-Förderung in der Stammzellforschung ein. Die Initiative „Stop Vivisection“ hat die EU-weite Abschaffung von Tierversuchen zum Ziel. Europäische Bürgerinitiativen stellen ein durch den Vertrag von Lissabon neu eingeführtes Verfahren dar, in dem die Kommission ersucht werden kann, in einem Bereich, in dem sie dazu befugt ist, einen bestimmten Rechtsakt zu erlassen. Damit eine Petition angenommen wird, ist ein Quorum von 1 Mio. Stimmen in mindestens einem Viertel der Mitgliedstaaten zu erreichen. Konkret muss in mindestens sieben Mitgliedstaaten an Unterschriften das



750fache der Anzahl der Mitglieder des EP dieses Staates erreicht werden. Die Mitgliedstaaten haben nun drei Monate Zeit, die Gültigkeit der Stimmen ihrer Staatsbürger zu prüfen. Wird das nötige Quorum bestätigt, wird die Initiative der Kommission vorgelegt. Innerhalb der folgenden drei Monate erhält die Bürgerinitiative Gelegenheit, der Kommission ihre Vorstellungen zu erläutern und sie bei einer öffentlichen Anhörung im EP vorzustellen. Anschließend veröffentlicht die Kommission eine formelle Mitteilung, in der sie erläutert, ob und ggf. welche Maßnahmen sie als Antwort auf die Bürgerinitiative vorschlägt, und die Gründe für ihre Entscheidung darlegt.

Europäische Bürgerinitiative allgemein:

<http://ec.europa.eu/citizens-initiative/public/welcome?lg=de>

Website der Europäischen Bürgerinitiative „Einer von uns“

<http://www.1-von-uns.de/>

Website der Europäischen Bürgerinitiative „Stop Vivisection“

<http://www.stopvivisection.eu/de>

ARBEITSPAPIER DER KOMMISSION ZUM GEBRAUCH VON SOG. „OMICS“-TECHNOLOGIEN UND PERSONALISIERTER MEDIZIN

Am 25.10.2013 veröffentlichte die Kommission ein Arbeitspapier, das die Potenziale von sog. „Omics“-Technologien in der Forschung sowie in der personalisierten Medizin beleuchtet. Dieser Wissenschaftszweig beinhaltet biowissenschaftliche Forschungen im Zusammenhang mit Genom, Proteom, Transkriptom et. al. Das Arbeitspapier behandelt eine entsprechende Ausgestaltung der Forschungsförderung sowie des rechtlichen Rahmens und der Implementierung personalisierter Medizin im Gesundheitssystem. Die personalisierte Medizin verwendet Technologien des molekularen „Profiling“ unter Zuhilfenahme von „Omics“-Technologien, welche die hierfür benötigten Datenbestände liefern können, um therapeutische Maßnahmen passgenau auf den Patienten zuzuschneiden. Die personalisierte Medizin ermöglicht es für Patienten, Klinika und das Gesundheitssystem im Ganzen, durch gezieltere medizinische Entscheidungen Kosten einzusparen.

Arbeitspapier der Kommission (in englischer Sprache):

http://ec.europa.eu/health/files/latest_news/2013-10_personalised_medicine_en.pdf

EUROBAROMETER ZUR KULTURELLEN BETEILIGUNG IN DER EU

Am 04.11.2013 hat die Kommission das neue Eurobarometer zum Zugang zur und zur Beteiligung an der Kultur in der EU vorgelegt. Insgesamt sind europaweit ein allgemeiner Rückgang der kulturellen Partizipation der EU-Bürger im Vergleich zu 2007 und ein sich abzeichnendes Nord-Süd-Gefälle zu verzeichnen. Die Kommission sieht in dieser Entwicklung v. a. die Spuren der Wirtschaftskrise. Der zugrunde gelegte Kulturbegriff ist dabei sehr breit gefasst und reicht von der Hochkultur bis hin zu Fernsehen und Computerspielen. Die Ergebnisse beruhen auf demoskopischen Befragungen aus dem Frühjahr 2013, an denen EU-weit 26.500 und in Deutschland 1.500 Bürgerinnen und Bürger teilgenommen haben.



Zusammenfassung des Eurobarometer-Reports (in englischer Sprache):

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_399_sum_en.pdf

Ergebnisse des Eurobarometers für Deutschland (in englischer Sprache):

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_399_fact_de_en.pdf

GIPFEL ZUR JUGENDARBEITSLOSIGKEIT IN PARIS

Am 12.11.2013 fand in Paris auf Einladung Frankreichs in Fortsetzung der Berliner Jugendkonferenz vom Juli 2013 ein weiterer Gipfel zur Jugendarbeitslosigkeit in der EU statt. Die Staats- und Regierungschefs befassten sich dabei mit der Umsetzung der auf EU-Ebene angestoßenen Initiativen zur Verbesserung der Situation. Insbesondere mussten die Mitgliedstaaten schnellstmöglich ihre Pläne zur Umsetzung der sog. Jugendgarantie (EB 05/13) vorlegen, damit die dafür vorgesehenen Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds ab Anfang 2014 tatsächlich genutzt werden könnten. Kommissionspräsident *José Manuel Barroso* betonte darüber hinaus die Bedeutung einer wirksamen Förderung des Unternehmergeists und der IKT-Kompetenzen bei jungen Menschen und verwies in diesem Zusammenhang auf die Verantwortung der nationalen Bildungssysteme. Ein nächstes Treffen dieser Art ist im Frühling 2014 in Italien vorgesehen (s. Beitrag des StMAS in diesem EB).

Pressemitteilungen des Rates:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/fr/ec/139467.pdf

STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

KOMMISSION WILL VERBRAUCH VON KUNSTSTOFFTASCHEN REDUZIEREN

Am 04.11.2013 hat die Kommission einen Richtlinienvorschlag vorgestellt, der die Mitgliedstaaten verpflichten soll, den Verbrauch von Tragetaschen aus leichtem Kunststoff zu vermindern. Durch den Vorschlag soll die Richtlinie über Verpackungen und Verpackungsabfälle 94/62/EG so abgeändert werden, dass die Mitgliedstaaten eigenständig nationale Maßnahmen, z. B. Erhebung von Abgaben, Verbot bestimmter Kunststofftaschen (Wandstärke < 50 Mikron), ergreifen können. Gleichwohl sind bei allen nationalen Maßnahmen die Vorschriften des Binnenmarkts zu beachten.

Vorschlag für eine Änderungsrichtlinie:

http://ec.europa.eu/environment/waste/packaging/pdf/proposal_plastic_bag.pdf



EUROBAROMETER-UMFRAGE ZUM SCHUTZ DER BIODIVERSITÄT

Am 04.11.2013 hat die Kommission die Ergebnisse einer Eurobarometer-Umfrage (Attitudes towards Biodiversity) zur Einstellung der EU-Bürger zu Fragen der Artenvielfalt vorgestellt. Demnach halten knapp 90 % der Europäer den Verlust an Biodiversität für ein Problem. 78 % erklärten, dass sie umweltfreundliche Produkte wie z. B. Bioprodukte oder regionale Produkte kaufen würden, um zur Bekämpfung des Verlustes an Artenvielfalt beizutragen. Für die Umfrage – Flash Eurobarometer 379 – wurden 25 537 Personen der EU-28 im Namen der Kommission telefonisch in ihrer Muttersprache befragt.

Euroflash 379 (in englischer Sprache): :

http://ec.europa.eu/public_opinion/flash/fl_379_en.pdf

Kernaussagen der Umfrage speziell für Deutschland (in englischer Sprache):

http://ec.europa.eu/public_opinion/flash/fl_379_fact_de_en.pdf

EUROPÄISCHE BÜRGERINITIATIVE „STOP VIVISECTION“ BEI ERREICHUNG DES QUORUMS ERFOLGREICH

Am 01.11.2013 ist die Zeichnungsfrist für die ersten acht Europäischen Bürgerinitiativen abgelaufen. Zwei Initiativen mit Bezug zur biowissenschaftlichen Forschung waren dabei erfolgreich, u. a. die Initiative „Stop Vivisection“, die eine EU-weite Abschaffung von Tierversuchen zum Ziel hat. Sie fordert ein Gesetz auf europäischer Ebene, das den Ausstieg aus der tierexperimentellen Forschung festschreibt. Laut der Initiative bringen Tierversuche keinen nachweisbaren Mehrwert bei der Beurteilung von Aspekten der menschlichen Gesundheit. Daher soll die bestehende Richtlinie 2010/63/EU zum Schutz der für wissenschaftliche Zwecke verwendeten Tiere außer Kraft gesetzt werden. Die Richtlinie gestattet bisher entsprechende wissenschaftliche Arbeiten u. a. in der Grundlagenforschung (s. hierzu Bericht des StMBKWK in diesem EB).

Europäische Bürgerinitiative allgemein:

<http://ec.europa.eu/citizens-initiative/public/welcome?lg=de>

Website der Europäischen Bürgerinitiative „Stop Vivisection“

<http://www.stopvivisection.eu/de>

STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE

ARBEITSPAPIER DER KOMMISSION ÜBER POTENZIALE IN DER PERSONALISIERTEN MEDIZIN

Die Kommission veröffentlichte am 25.10.2013 ein Arbeitspapier, das die Fortschritte in der personalisierten Medizin und ihre Chancen im Gesundheitswesen beschreibt. Der Bericht konzentriert sich im Wesentlichen



auf das Potenzial bei der Anwendung von so genannten „-omics“-Technologien im Rahmen der Weiterentwicklung der personalisierten Medizin sowie der damit verbundenen EU- Forschungsförderung.

Arbeitspapier der Kommission (in englischer Sprache):

http://ec.europa.eu/health/files/latest_news/2013-10_personalised_medicine_en.pdf

EUROPÄISCHE BÜRGERINITIATIVE „EINER VON UNS“ BEI ERREICHUNG DES QUORUMS ERFOLGREICH

Am 01.11.2013 ist die Zeichnungsfrist für die ersten acht europäischen Bürgerinitiativen abgelaufen. Zwei Initiativen mit Bezug zur biowissenschaftlichen Forschung waren dabei erfolgreich, u. a. die Petition „Einer von uns“, die sich für ein Ende der EU-Förderung in der Stammzellforschung einsetzt. Die Initiative möchte den Schutz der Unversehrtheit des menschlichen Embryos in der EU stärken. Sie nimmt hierbei Bezug auf das EuGH-Urteil im Fall Brüstle von 2011, in dem das Gericht festgesetzt hat, dass Verfahren, in denen menschliche Embryonen vernichtet werden, in der EU nicht patentiert werden dürfen. Die Initiative fordert nun die Durchsetzung dieses Grundsatzes. Die EU solle v. a. keine Forschungsprojekte mehr finanzieren, in denen Embryonen zerstört werden (s. hierzu Bericht des StMBKWK in diesem EB).

Europäische Bürgerinitiative allgemein:

<http://ec.europa.eu/citizens-initiative/public/welcome?lg=de>

Website der Europäischen Bürgerinitiative „Einer von uns“

<http://www.1-von-uns.de/>

RUNDFUNKPOLITIK

EP UND RAT EINIGEN SICH ZUR RICHTLINIE ÜBER KOLLEKTIVE RECHTEWAHRNEHMUNG

Am 04.11.2013 erzielten EP und Rat eine Einigung in dem im September begonnenen Trilog zur vorgeschlagenen Richtlinie der Kommission über die kollektive Wahrnehmung von Urheber- sowie verwandten Schutzrechten (EB 13/13). Neben einer vereinfachten Vergabe von Mehrgebietslizenzen sieht der Entwurf vor allem effektivere Verwaltungsvorschriften bei den Verwertungsgesellschaften vor. Der JURI-Ausschuss soll am 26. November 2013, das EP voraussichtlich im Februar 2014 über die Richtlinie abstimmen.

Weitere Informationen zum Trilog:

http://www.europarl.europa.eu/pdfs/news/expert/infopress/20131105IPR23815/20131105IPR23815_en.pdf

http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-955_en.pdf



Weitere Informationen zur Richtlinie:

http://ec.europa.eu/internal_market/copyright/management/index_de.htm

EP STIMMT DEM EU-PROGRAMM KREATIVES EUROPA ZU

Nach langen Verhandlungen zwischen Kommission, ER und EP hat am 05.11.2013 der Kulturausschuss des EP dem Kompromiss des EU-Rahmenprogramms „Kreatives Europa“, unter dessen Dach künftig Kultur- und Medienförderung vereint werden, zugestimmt (EB 12/13). Nach der formalen Verabschiedung durch das Novemberplenium und den ER kann das Förderprogramm dann wie vorgesehen zum 01.01.2014 in Kraft treten.

Pressemitteilung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20131104IPR23608/pdf>